Bund der Steuerzahler

Der 1949 gegründete **Bund der Steuerzahler Deutschland** e.V. (BdSt) ist ein Verein mit Sitz in Berlin, der als Vereinszweck Steuersenkungen, den Abbau von Bürokratie und Staatsverschuldung sowie eine sparsame Verwendung von Steuergeldern angibt. [1]

Der BdSt setzt sich für die Forderungen der Wirtschaft nach niedrigen Steuern, einem schlanken Staat ("Privat vor Staat"[2]) sowie einer Beibehaltung der Schuldenbremse ein und beteiligt sich an entsprechenden Kampagnen der Wirtschaftsverbände.

Darüber hinaus gibt es Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen der Wirtschaft. Unter der Überschrift „So setzen wir uns für Unternehmer ein“ wird auf der Webseite des BdSt erläutert: „Wir vertreten die Interessen von Unternehmen und Betrieben in der Politik - mit guter Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen“[3]

Zu den Aktivitäten gehören die Herausgabe der Schuldenuhr Deutschlands, des jährlich erscheinenden Schwarzbuchs sowie die Benennung des jährlichen Steuerzahlergedenktags.

Der Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Stefan Bach, hält den BdSt nicht für unabhängig:

"*Tatsächlich repräsentiert er [der Bund der Steuerzahler] vor allem mittelständische Unternehmer, Freiberufler und Besserverdiener, die ihn über Beiträge und Spenden finanzieren. Lobbying und Kommunikation sind vor allem auf einen schlanken Staat und niedrige Steuern ausgerichtet. So fordert der Bund der Steuerzahler gerne und laut Steuersenkungen bei Einkommensteuer und Unternehmensteuern oder die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, was vor allem Wohlhabende entlasten würde. Missstände im Steuerrecht und in der Finanzverwaltung, etwa Steuervergünstigungen oder die verbreitete Steuerhinterziehung bei Kapitaleinkünften, die in erster Linie wohlhabende Steuerzahler betreffen, werden dagegen nicht thematisiert. Auch die eigentlich richtige und wichtige Kritik der öffentlichen Verschwendung ist häufig an spektakulären Einzelfällen orientiert und wenig konstruktiv*".[4]

Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.	
Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für Steuersenkung, Abbau von Bürokratie und Staatsverschuldung, einfachere Steuergesetze, sparsame Verwendung von Steuergeldern
Gründungsdatum	1949
Hauptsitz	Berlin
Lobbyüro	
Lobbyüro EU	
Webadresse	www.steuerzahler.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss ... 3
1.1 Öffentlichkeitsarbeit ... 3
1.2 Aktivitäten ... 3
1.3 Lobbytätigkeit hinter den Kulissen ... 4
2 Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen ... 5
2.1 Mittelstandsallianz ... 5
2.2 Europäischer Wirtschaftssenat ... 5
2.3 SME Connect ... 5
2.4 Wirtschaftsbeirat Bayern ... 6
2.5 Jaeger Euro Consult ... 6
2.6 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen ... 6
3 Vereinigung Europäischer Journalisten ... 6
4 Einbindung in Kampagnen von Lobbyorganisationen ... 7
4.1 Kampagne gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer ... 7
4.2 Kampagne für die Erhaltung der Schuldenbremse ... 7
4.3 Kampagne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags ... 7
4.4 Kampagne gegen das EU-Lieferkettengesetz ... 7
4.5 Klage gegen das Bundesmodell der Grundsteuer ... 8
5 Verbindungen zu neoliberalen und rechtslibertären Netzwerken ... 8
6 Organisationsstruktur und Personal ... 8
6.1 Mitgliederversammlung ... 8
6.2 Bundesvorstand ... 9
6.3 Bundesverwaltungsrat ... 9
7 Lobbyrelevante Akteure aus den Landesverbänden und der Politik ... 10
7.1 Rolf von Hohenau ... 10
7.2 Rainer Brüderle ... 10
7.3 Ingo Friedrich ... 10
7.4 Justus Haucap ... 11
8 Tochtergesellschaften ... 11
8.1 Das Deutsche Steuerzahlerinstitut ... 11
8.2 Steuerzahler Service GmbH ... 11
9 Finanzen ... 11
10 Mitgliedschaften ... 12
10.1 Taxpayers Association of Europe ... 12
10.2 World Taxpayers Association ... 13
10.3 Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V. ... 13
11 Zweifel an der Gemeinnützigkeit ... 13
12 Weiterführende Informationen ... 14
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ... 14
14 Einzelnachweise ... 14

Lobbystrategien und Einfluss

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bund der Steuerzahler macht seinen Einfluss insbesondere durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit geltend. So stellt er sich selbst als 'Finanzgewissen der Nation' [5] und Repräsentant des einfachen Steuerzahlers dar. Die Kernforderungen des BdSt nach geringeren Steuern und Abgaben, Bürokratieabbau und Abbau der Staatsverschuldung sind auf einen 'schlanken Staat' gerichtet, den Wirtschaftsverbände und neoliberale Denkfabriken propagieren. Der BdSt nutzt den öffentlichen Anschein der Neutralität geschickt, um Partikularinteressen breite Wirkung zu verschaffen. Er wirbt auf seiner Website damit, dass er Einfluss auf die Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik nehme. [6]

Mit dem jährlich publizierten 'Schwarzbuch: Die öffentliche Verschwendung' [7], in welchem vermeintliche Steuerverschwendung angeprangert wird, gelingt es ihm häufig, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen und sich dabei als Kämpfer für die Rechte der Steuerzahler als solche darzustellen. In der Öffentlichkeit wird der BdSt zumeist als seriöser Akteur wahrgenommen, in den Medien seine Rolle selten hinterfragt. So entsteht häufig der Eindruck, es handele sich bei ihm um eine unabhängige Kontrollinstanz und nicht um einen privaten Verein. Mitunter wird der Bund der Steuerzahler mit dem Bundesrechnungshof verwechselt, jener Bundesbehörde, welche aufgrund Art. 114 GG für die unabhängige Finanzkontrolle eingerichtet wurde.

Aktivitäten

Wichtige Aktivitäten sind die Erstellung des Schwarzbuchs, der Schuldenuhr Deutschland und die Ausrufung der Steuerzahlergedenktags.

Im **Schwarzbuch** prangert der Verband Fälle von Steuerverschwendung an und erzielt damit eine hohe Medienresonanz. Doch die Kritik an den vom Verband verwendeten Maßstäben wird lauter - bei der Auswertung würden die langfristigen politischen Ziele von Subventionen oft nicht berücksichtigt.[8] Beim "Schwarzbuch" wird die Berechnungsmethode auch vom Bundesrechnungshof kritisiert. Dessen Präsident stellte 2010 fest: "Die Milliardensummen, die angeblich verschleudert werden, sind hochgerechnete Zahlen und nur zu einem sehr geringen Teil belegt" .[9]

Laut SPIEGEL ist der aktuelle Stand der **Schuldenuhr Deutschland** reine Spekulation, da sie auf der Grundlage der Staatsverschuldung des vergangenen Jahres und der voraussichtlichen Kreditaufnahme für das laufende Jahr berechnet wird.[10] 2010 musste der BdSt die sekundengenaue Berechnung der Staatsverschuldung deshalb korrigieren: Statt der zu Jahresbeginn angenommenen 141,3 Milliarden Euro verschuldete sich der Bund in diesem Jahr um 30 Milliarden Euro weniger.[11] Auch stellt die Schuldenuhr nur die absolute Höhe der Schulden dar, wogegen Ökonomen überwiegend die Staatsschulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung als relevante Größe ansehen. 2017 wurde die Berechnungsmethode auch vom Bundesfinanzministerium kritisiert: Der Schuldenstand gehe seit 2012 nicht nur im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, sondern auch in absoluten Größen zurück. Dass die Schuldenuhr immer noch nicht rückwärts laufe, sei nicht nachvollziehbar.[12]

Der vom BdSt berechnete **Steuerzahlergedenktag** ist der Tag, ab dem die Steuerzahler "in die eigene Tasche arbeiten".[13] Davor müssten sie „für öffentliche Kassen arbeiten“. In die Berechnung einbezogen werden jedoch nicht nur Steuern sondern auch Sozialabgaben (Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungen sowie Beiträge, die Arbeitnehmer erwirtschaften und Arbeitgeber als zusätzliche Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen überweisen). Obwohl diese Beiträge formal von den Arbeitgebern an die Versicherungen überwiesen werden, hätten Arbeitnehmer sie erwirtschaftet. Anders formuliert: Ohne die Arbeitgeberbeiträge und die Umlagen fielen die Bruttolöhne höher aus.

In dem vorstehenden Zusammenhang wird nicht explizit erwähnt, dass die Sozialabgaben zur Finanzierung sozialer Leistungen verwendet werden und somit nicht die "öffentlichen Kassen" mehren.[14] Ohne diese Beiträge müssten sich Arbeitnehmer für den Bezug entsprechender Leistungen privat versichern, was sogar teurer werden und zu Wohlstandsverlusten führen könnte. Auf die Kritik räumte Holznagel zwar ein, dass die Menschen in Deutschland für ihre Zahlungen auch staatliche Leistungen erhalten[15]:„Mit Steuern, Abgaben und Zwangsbeiträgen werden wichtige Leistungen für die Bürger finanziert“. Die missverständliche Formulierung „für öffentliche Kassen arbeiten“ wird jedoch auf der Webseite des BdSt weiter verwendet (Stand: 19.11.2023). Laut Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sind die Berechnungen, die der Bund der Steuerzahler zu dem von ihm ausgerufenen „Steuerzahlergedenktag“ vornimmt, außerdem falsch; es handle sich um "vulgärökonomischen Populismus".[16] Statt der vom BdSt errechneten Einkommensbelastungsquote von 54,6 % ergäbe sich bei korrekter Berechnung eine Einkommmensbelastungsquote von nur noch 37,1 %. Auch eine 2019 eingeführte neue Berechnungsmethode hält Bach nach wie vor für fragwürdig. So unterscheide der BdSt nicht zwischen Steuern und Sozialbeiträgen und unterschätze das gesamtwirtschaftliche Einkommen, auf das Steuern und Abgaben angerechnet werden.[17] Dadurch entstehe der Eindruck einer besonders hohen Steuerlast.

Cersten Gammelin bezeichnet den „Steuergedenktag“ mit der folgenden Begründung als gefährlichen Humbug[18]: "Natürlich kann der Bund der Steuerzahler ausrechnen, dass nach Abzug aller denkbaren Steuern und Sozialabgaben von jedem Euro noch 45,7 Cent im Portemonnaie des Bürgers verbleiben. Ja, und? Der Abzug von 54,3 Cent von jedem Euro für staatliche Aufgaben und die eigene Vorsorge bei Rente und Gesundheit ist noch lange kein Grund, aus dieser Rechnung eine Botschaft im Trumpschen Sinne zu destillieren; nach dem Motto: Der Staat ist böse, sehr böse, er nimmt dem fleißigen Steuerzahler das Geld weg. Das müssen wir ändern. Wer so handelt, muss sich die Frage gefallen lassen, welche Interessen er vertritt.“

Lobbytätigkeit hinter den Kulissen

Auf der Landesebene arbeitet der Bund der Steuerzahler meist harmonisch mit lokalen Politikern und anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammen, um seine Interessen durchzusetzen. [19][20] Er verwirklicht seine Lobbytätigkeit laut Satzung durch Gespräche mit Vertretern von Behörden und Verbänden, Parlamentariern, Politikern, Journalisten, Mitwirkung bei öffentlichen Anhörungen und Kommissionen [21]

Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen

Mittelstandsallianz

Der Bund der Steuerzahler und die vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) gegründete Mittelstandsallianz haben 2017 beim Parlamentarischen Abend des Mittelstands eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.[22] Die Mittelstandsallianz beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt: „Gemeinsam mit mehr als 30 Partnerverbänden ist die Mittelstandsallianz die politische Interessenvertretung für den Mittelstand in Deutschland. Gemeinsam setzen wir uns für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung im politischen Berlin ein – mit eigener Postadresse am Potsdamer Platz.“[23] Die Mittelstandsallianz besteht aus 28.090 Mitgliedern (natürliche und juristische Personen, Personengesellschaften, sonstige Organisationen (Stand: 24.06.2024).[24] Partner des Mittelstand BVMW sind auch Großunternehmen wie Telekom, Microsoft, BMW und Lufthansa.[25]

Am 26.01.2026 hat der BVMW gemeinsam mit dem BdSt einen Brandbrief an Bundesfinanzminister Lars Klingbeil gerichtet.[26]

Europäischer Wirtschaftssenat

Der Europäsche Wirtschaftssenat (EWS) ist eine intransparente Lobby-Organisation, die vom Bund der Steuerzahler in Bayern und der Taxpayers Association of Europe (TAE) kontrolliert wird. Präsident des EWS ist der CSU-Politiker Ingo Friedrich, Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik des Wirtschaftsbeirats Bayern. Vorsitzender des Aufsichtsrats des EWS ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des EWS-Aufsichtsrats ist Hans Podiuk, Stellv. Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des Kuratoriums des EWS ist Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler. Geschäftsführer ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, der den EWS aufgebaut hat.[27] Der EWS-Pressesprecher Rudolf G. Maier ist gleichzeitig Pressesprecher des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Kooperationspartner des EWS sind: Bund der Steuerzahler in Bayern, Taxpayers Association of Europe (TAE), SME Connect, World Taxpayers Association, Austrian Economics Center, Hayek Institut, Vereinigung Europäischer Journalisten [28]

Im April 2024 präsentierten der EWS, der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE gemeinsam ein „Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz“ (CSDDD) anlässlich des digitalen EWS Live vom 2. April 2024[29] Darin wird festgestellt: „Die Bestätigung der CSDDD durch das europäische Parlament am 24. April 2024 muss verhindert werden.“

SME Connect

Das europäische Netzwerk SME Connect (Small and Medium-Sized Enterprises, Freelancers und Company Owners), eine Partnerorganisation des Europäischen Wirtschaftssenats, bringt EU-Parlamentarier der EVP und Unternehmensvertreter zusammen. Beide Organisationen residieren -wie der Europäische Wirtschaftssenat - unter Rue d’Arion 46, Brüssel. Michael Jäger, Präsident der Taxpayers Association of Europe (TAE), ist Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Competitiveness, Finance and Taxes“.[30] Zu den Mitgliedern von SME Connect gehört Monika Hohlmeier (CSU/EVP), die die EU-Kommission beschuldigt hat,

gemeinsame Sache mit NGOs gemacht zu haben, um das EU-Parlament zu beeinflussen.[31] Die TAE hat bei der Staatsanwaltschaft München sowie der EU-Staatsanwaltschaft sogar Strafanzeige gestellt.[32] Der EU-Rechnungshof hat in einem Sonderbericht dagegen keine Regelverletzung gefunden.[33] Die irreführende Darstellung in der „Welt“, die von anderen Medien übernommen worden ist, ist vom Deutschen Presserat „als gravierende Irreführuung der Leserschaft“ gerügt worden.[34]

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist ein Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, ist Vorsitzender des Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik der Lobbyorganisation. Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Mitglied des Präsidiums und Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Europapolitik und des Ausschusses für Mittelstandspolitik des Wirtschaftsbeirats

Jaeger Euro Consult

Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Inhaber der Jaeger Euro Consult mit den Tätigkeitsbereichen Netzwerk, Beratung und Lobbyarbeit. Zur Lobbyarbeit wird auf der Webseite des Unternehmens ausgeführt: „Passt Ihr Thema zu den ethischen Grundsätzen des „Ehrbaren Kaufmanns“ und wollen Sie effektiv und erfolgsorientiert Lobbyarbeit in Europa betreiben? Dann sind Sie bei der Firma Jaeger EuroConsult richtig, ob für die Umsetzung einer Initiative oder für den Zugang zu europäischen Entscheidungsträgern.“

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, ist Mitglied des Vorstands der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Vereinigung Europäischer Journalisten

Michael Jäger, Vizepräsident des BdSt Bayern, ist Geschäftsführer/Generalsekretär der Vereinigung Europäischer Journalisten e.V. (VEJ). Rolf von Hohenau, Präsident des BdSt Bayern, ist Beisitzer des Vereins. Im Gegensatz zu anderen Journalistenverbänden können laut Webseite der VEJ freie und feste Journalisten, nebenberufliche Journalisten, Fotoreporter, Pressesprecher, Internet-Journalisten, Blogger und Publizisten Mitglied werden. Die VEJ stellt ihren Mitgliedern einen eigenen internationalen Presseausweis zur Verfügung. Der Mitgliedsbeitrag für die VEJ beträgt 120,00 € im Jahr, die einmalige Aufnahmegebühr 20,00 €.

Über ein Arbeitsfrühstück im Bundestag auf Einladung des CSU-MdB Winkler im Mai 2026 wurde wie folgt berichtet:

„Die Vereinigung Europäischer Journalisten hat Ende Mai eine politische Dialog- und Arbeitsreise nach Berlin begleitet und erneut ihre Rolle als unabhängige Plattform zwischen Politik, Wirtschaft und Medien unterstrichen. Gemeinsam mit SME Connect, der Taxpayers Association of Europe (TAE), dem Europäischen

Wirtschaftssenat (EWS), dem Bund der Selbständigen Bayern (BDS) und dem RKW Baden-Württemberg stand der direkte Austausch über die Zukunft von Unternehmertum und Selbstständigkeit im Mittelpunkt […] Höhepunkt war ein Arbeitsfrühstück im Deutschen Bundestag auf Einladung von Tobias Winkler MdB. VEJ-Präsident Dr. Ralf Schneider moderierte gemeinsam mit Dr. Horst Heitz die Diskussion zwischen Bundestagsabgeordneten und Unternehmern. Ziel war es, Politik und Praxis miteinander ins Gespräch zu bringen“

Quelle: [35]

Einbindung in Kampagnen von Lobbyorganisationen

Kampagne gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer

Der Bund der Steuerzahler, Die Familienunternehmer - ASU und die Familienbetriebe Land und Forst e.v. haben die Verbände-Allianz Vermögensteuer trifft alle initiiert, die sich rund um die Bundestagswahl gegen Pläne aus der Politik zur Wiedereinführung der Vermögensteuer stark gemacht hat. Die gemeinsamen Online-Plattform wird von mehr als 20 weiteren Verbänden unterstützt.

Kampagne für die Erhaltung der Schuldenbremse

Der Bund der Steuerzahler, Die Familienunternehmer - ASU, die Familienbetriebe Land und Forst e.V. und der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. haben 2020 die Verbände-Allianz „Die Schuldenbremse muss stehen!“ gegründet, die von der Politik ein Bekenntnis zur Schuldenbremse fordert. [36]

Kampagne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) führt seit Jahren eine Kampagne für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags (Soli).[37] In diesem Zusammenhang hat die INSM beim zuständigen Finanzamt Einspruch gegen die Lohnsteueranmeldung 2020 eigelegt mit dem Ziel, letztlich indirekt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu erwirken. Parallel hierzu hat auch der Bund der Steuerzahlung in einer Kampagne die Abschaffung des Solis gefordert.[38] Im Rahmen dieser Kampagne unterstützt der Bund der Steuerzahler eine Musterklage gegen den Soli vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit dem Slogan „Der Soli muss weg!“ hat der Bund der Steuerzahler am 9. November 2017 gemeinsam mit den folgenden Verbänden und Lobbyorganisationen vor dem Bundestag protestiert: Bundesverband mittelständische Wirtschaft, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Die Familienunternehmer - ASU, Jungunternehmern und Familienbetriebe Land und Forst.[39]

Kampagne gegen das EU-Lieferkettengesetz

Im April 2024 präsentierten der Europäische Wirtschaftssenat, der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE gemeinsam ein „Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz“ (CSDDD) anlässlich des digitalen EWS Live vom 2. April 2024[40] Darin wird festgestellt: „Die Bestätigung der CSDDD durch das europäische Parlament am 24. April 2024 muss verhindert werden.“

Klage gegen das Bundesmodell der Grundsteuer

Im Februar 2026 haben der Bund der Steuerzahler und der Verband Haus & Grund Klage gegen das Bundesmodell der Grundsteuer beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.<ef>Grundsteuer: Haus & Grund und BdSt reichen Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, hausundgrund.de vom 27.02.2026, abgerufen am 09.10.2026</ref>

Verbindungen zu neoliberalen und rechtslibertären Netzwerken

Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Vorstandsmitglied des Austrian Economics Center (AEC), das die Austrian Conferences, die European Resource Bank und die Free Market Road Show organisiert. Präsidentin ist die FPÖ-Poiltikerin Barbara Kolm. Das AEC, der Bund der Steuerzahler und der Wirtschaftsbeirat Bayern organisieren gemeinsam Veranstaltungen.[41]Partner der Free Market Road Show ist die Taxpayers Association of Europe (TAE), deren Generalsekretär Michael Jäger ist. Weitere Partner sind der Europäische Wirtschaftssenat, das österreichische Hayek Institut und das Ludwig von Mises Institute Europe. Das AEC beschreibt seine Aktivitäten wie folgt: Das Austrian Economics Center präsentiert stolz die „Free Market Road Show“ – in Zusammenarbeit mit über 100 führenden Think-Tanks und Universitäten in ganz Europa und dem Kaukasus sowie gemeinsam mit internationalen Partnern wie dem Global Philanthropic Trust, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Americans for Tax Reform, dem Competitive Enterprise Institute, der World Taxpayers Association, European Students for Liberty und dem F.A. v. Hayek Institut.[42]

Organisationsstruktur und Personal

Die zentralen Organe des BdSt sind die Mitgliederversammlung, der Bundesvorstand und der Bundesverwaltungsrat. Die Zahl der Mitglieder beträgt rd. 200 Tsd.[43] Der Verein wirbt damit, dass seine Mitglieder im Durchschnitt über ein Haushaltsnettoeinkommen von knapp 4800 Euro verfügen, womit ein Haushalt zum bestverdienenden Fünftel in Deutschland gehört.[44] Der BdSt beschäftigt 14 Mitarbeiter in Vollzeit (Stand: 2021).

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der 15 Landesverbände zusammen, von denen der BdSt getragen wird. Mitglieder in den Landesverbänden können natürliche oder juristische Personen sowie sonstige Personenvereinigungen und Handelsvereinigungen werden (vgl. z. B. § 6 der Satzung des Landesverbands Baden-Württemberg). Laut deutschem Lobbyregister sind folgende Organisationen Mitglied in den Landesverbänden (Abruf: 16.12.2022): Hubert Burda Media Holding KG, Korian Deutschland AG, Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH), Landvolk Niedersachsens Landesbauernverband, bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, Verband der Deutschen Automatenindustrie, Brauereiverband NRW, Verband der Bau- und Rohstoffindustrie, Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern und Forum für Zukunftsenergien.

Bundesvorstand

Die fünf Vorstandsmitglieder sind:

- Reiner Holznagel (Präsident), ehem. Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Kuratoriums des Europäschen Wirtschaftssenat, Vizepräsident der Taxpayers Association of Europe (TAE), Mitglied des Vorstands der World Taxpayers Association (WTA), Mitglied des Vorstands der Lobbyorganisation Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen. Weiterhin war er Redner bei der Milei-Konferenz des rechtslibertären Milei Instituts am 14. März 2026 [45]

Vizepräsidenten sind:

- Michael Jäger, ehem. CSU-Kommunalpolitiker, Inhaber der Jaeger Euro Consult mit den Tätigkeitsbereichen Netzwerk, Beratung und Lobbyarbeit, ist Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Generalsekretär der Taxpayers Association of Europe (TAE), Mitglied des Vorstands der World Taxpayers Associations, Geschäftsführer des Europäschen Wirtschaftssenat, Präsidiumsmitglied und Stellv. Vorsitzender der Ausschüsse für Europapolitik und Mittelstandspolitik des Wirtschaftsbeirats Bayern, Mitglied des erweiterten Vorstands des OstWestWirtschaftsForums Bayern[46], Vorstandsmitglied des Austrian Economics Center (AEC), Referent bei Veranstaltungen der European Resource Bank.[47][48] Jäger beschreibt seine Tätigkeit auf der Webseite seiner Jaeger EuroConsult wie folgt: „Nach über 30 Jahren als Lobbyist und unzähligen persönlichen europäischen Kontakten und Verbindungen ist ein breit gefächertes europäisches Netzwerk entstanden, das Kunden von Jaeger EuroConsult verfügbar gemacht werden kann.“
- Rik Steinheuer, Vorstandsvorsitzender des Landes NRW
- Eike Möller, Stellv. Landesvorsitzender Baden-Württemberg
- Ralf Thesing, Stellv. Landesvorsitzender Niedersachsen und Bremen

Bundesverwaltungsrat

Der Verwaltungsrat ist das zentrale Kontrollorgan des Vereins, das aus je einem Mitglied aus den Verwaltungsräten der Landesverbände gebildet wird. Vorsitzender des Bundesverwaltungsrats ist der Osnabrücker Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Helge Benecke.

Mitglied des Verwaltungsrats des Landesverbands Berlin des Bundes der Steuerzahler (BdSt) ist Kristin Brinker, Vorsitzende des AfD-Landesverbands Berlin und Spitzenkandidatin der AfD bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2026.[49][50] Ihr Ehemann Günter Brinker, Landesvorstand der Berliner AfD bis 2016, ist 2005 als Vorstandsvorsitzender des Berliner Landesverbandes des BdSt zurückgetreten, um einem Abwahlantrag wegen dubioser Aktivitäten zuvorzukommen.[51][52]

Lobbyrelevante Akteure aus den Landesverbänden und der Politik

Rolf von Hohenau

Rolf von Hohenau, ehem. CSU-Kommunalpolitiker, ist Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der World Taxpayers Associations (WTA), Ehrenpräsident der Taxpayers Association Europe (TAE), Vorsitzender des Fachausschusses für Steuer- und Finanzpolitik des Wirtschaftsbeirats Bayern sowie Vorsitzender des Aufsichtsrats des Europäschen Wirtschaftssenat (EWS) und Mitglied des Aufsichtsrats der ATOSS Software SE [53]

2021 rief von Hohenau als Präsident der Taxpayers Association Europe (TAE), zum zivilen Ungehorsam gegen die von der EU-Kommission erwogene Einführung eines EU-Vermögensregisters, auf, das ein Vorgehen gegen Geldwäsche und Korruption erleichtern soll.[54]

Rainer Brüderle

Rainer Brüderle, Präsident des Bundes der Steuerzahler Rheinland-Pfalz, ist ein ehem. FDP-Politiker (bis 2013 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Wirtschaft und Technologie). Er betreibt die RainerBrüderleConsult - Ihr Partner für Unternehmens- und Strategieberatung und ist Präsident des Arbeitgeberverbands für die private Sozialwirtschaft

Ingo Friedrich

Der CSU-Politiker und Lobbyist Ingo Friedrich fördert seit Jahren mittelständische Interessenvertretungen auf europäischer Ebene: So gründete er einen parteiübergreifenden Arbeitskreis Mittelstand im europäischen Parlament, aus dem 1991 unter seinem Gründungsvorsitz die „Europäische Mittelstandsvereinigung“ (EMI EWIV) hervorging. Von 1984 bis 1990 war er Präsident der „Europäischen Mittelstands-Union“ (EMSU), von 1990 bis 1999 Präsident des „Europäischen Mittelstandsforums“ und 1991 gründete er den parteiübergreifenden „Diskussionskreis Mittelstand im Europäischen Parlament“.[55] Friedrich leitet gemeinsam mit führenden Repräsentanten des Bundes der Steuerzahler in Bayern sowie der Taxpayers Association Europe (TAE) die Lobbyorganisation Europäischer Wirtschaftsssenat, die mit dem Bund der Steuerzahler kooperiert. Im Wirtschaftsbeirat Bayern, einem Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen, ist Friedrich Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik. Stellv. Vorsitzender dieses Fachausschusses und Mitglied des Präsidiums ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler. Vorsitzender des Fachausschusses für Steuer- und Finanzpolitik ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Friedrich tritt auch bei Veranstaltungen des Bundes der Steuerzahler[56] und der Free Market Roadshow auf, deren Partner der Europäische Wirtschaftssenat und die Taxpayers Association of Europe (TAE) waren. Friedrichs ist:

- Präsident des Europäischen Wirtschaftsssenats
- Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik des Wirtschaftsbeirat Bayern
- Ehrenpräsident der Europäischen Bewegung Bayern
- Ehrenpräsident der Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) "Small and Medium Entrepreneurs of Europe" (SME Europe)[57]

- Senator von Wir Eigentümerunternehmer[58], zu dem sich die Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) und zwei weitere Mittelstandsverbände zusammengeschlossen haben, sowie Exekutivpräsident der UMU[59]
- Mitglied des Vorstands der Münchner Europa Konferenz

Justus Haucap

Mitgied des Verwaltungsrats des Bundes der Steuerzahler NRW ist Justus Haucap.[60], der Verbindungen zu einer Vielzahl wirtschaftsnahen Organisationen hat. U.a. ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats im Wirtschaftsrat der CDU.

Tochtergesellschaften

Das Deutsche Steuerzahlerinstitut

Seit 1965 verfügt der BdSt über eine eigene finanzwissenschaftliche Forschungseinrichtung. Das Institut, welches vormals nach dem Gründer Karl Bräuer benannt war, wurde erst 2013 aufgrund dessen NSDAP-Vergangenheit [61] in das Neutralität und Unabhängigkeit suggerierende 'Deutsche Steuerzahlerinstitut' umbenannt. Das Institut soll die neoliberale Ausrichtung des BdSt wissenschaftlich unterfüttern. Dazu werden Studien angefertigt und Stellungnahmen publiziert, welche insbesondere darauf gerichtet sind, in der Tagespresse wahrgenommen zu werden.[62] Finanziert wird das Institut im Wesentlichen aus Beiträgen der Landesverbände des Bundes der Steuerzahler sowie durch Spenden von Einzelpersonen.[63] Die geringe Zahl der Mitarbeiter [64] sowie die Zahl und Tiefe der Publikationen[65] deuten darauf hin, dass das DSi ein wissenschaftliches Leichtgewicht ist.

Laut Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 erzielte das Institut Umsatzerlöse in Höhe von ca. 530 Tsd. Euro und beschäftigte vier Arbeitnehmer. Am 26.06.2026 hatte der Verein laut Lobbyregister 15 Mitglieder, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen. Konkrete Regelungsvorhaben sind der dauerhafte Abbau der kalten Progression.

Steuerzahler Service GmbH

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. betreibt die Steuerzahler Service GmbH, welche in einem Online-Shop Bücher, Software und Seminare mit Titeln wie ‚Unternehmertage‘ oder ‚Als Vermieter immer auf der richtigen Seite‘ vertreibt. [66] Ein weiteres Aufgabenfeld liegt in der Koordination von Servicevorteilen für die Geschäftskunden (Unternehmer, Selbständige, Ärzte oder Freiberufler) [67]

Finanzen

Der BdSt finanzierte sich 2025 über

- Umlagen der Landesverbände 1.834 Tsd. Euro
- Mieterlöse, Spenden, Sonstige Erlöse 137 Tsd. Euro
- Sonstige Erträge 21 Tsd. Euro

= Ordentliche Erträge 1.992 Tsd. Euro

Aus den o. g. Mitteln finanziert der BdSt in erster Linie seine politische Arbeit als Interessenvertreter der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dies umfasst insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne. Dazu zählen vor allem

- die Erarbeitung und Veröffentlichungen diverser Publikationen wie z. B. dem „Schwarzbuch der öffentlichen Verschwendung“ und von Fachratgebern
- die Pressearbeit
- das Betreiben des BdSt-Onlineangebots und der „Schuldenuhr“
- der Fachaustausch mit Politikern und Verbänden sowie
- die Begleitung von juristischen Prozessen.

Der BdSt Deutschland ist zu 60 Prozent Teilhaber an der Grundstücksgemeinschaft BdSt Deutschland e. V. und Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e. V., in dessen Eigentum ein Wohnhaus in Berlin-Buch steht.

Quelle. [68]

Mitgliedschaften

Quelle: [69]

Taxpayers Association of Europe

Die Taxpayers Association of Europe (TAE) ist die Dachorganisation der europäischen Steuerzahler-Verbände mit Sitz in Brüssel, die laut EU-Transparenzregister Einfluss auf die Gesetzgebung ausübt, um die Steuerlast zu begrenzen. Ihr gehören 29 nationale Steuerzahlerorganisationen mit insgesamt über einer Million Mitgliedern an. Präsident ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Generalsekretär des Europäischen Wirtschaftssenats, Ehrenpräsident ist Rolf von Hohenau, Präsident des des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Mitglied des Aufsichtsrats des Europäischen Wirtschaftssenats. Vizepräsident ist Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler. Generalsekretär ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Grupp & Partner, eine international tätige Anwaltskanzlei mit Sitz in Brüssel, ist gleichzeitig Sitz des Büros der TAE.[70] Die Kanzlei verweist auf ihrer Webseite darauf, dass sie seit zwei Jahrzehnten als erfahrene Lobbyisten gefragt seien. Walter Grupp, Gründer und Partner der Kanzlei, der am 08.09.2021 verstarb, war Büroleiter in Brüssel für die TAE und den Bund der Steuerzahler in Bayern.[71] Grupp war weiterhin Gründer und Inhaber der Firma Intergest Belgium SPRL (Beratung und Dienstleistungen für deutsche Unternehmen in Belgien), die rund 25 Niederlassungen deutscher Unternehmen in Belgien verwaltet.[72]

Laut EU-Transparenzregister beschäftigt das Büro Brüssel vier Lobbyisten (Vollzeit-Äquivalent; 2,8). Zu den Aktivitäten gehört die Durchführung von Informationsveranstaltung und Events und/oder Unterstützung von Veranstaltung durch Referentstellung so z. B. mit der European Resource Bank, Heritage Foundation, World Taxpayers Association, Friedrich von Hayek Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, SME Union, Europäischer Wirtschaftssenat, Europäische Bewegung, Hanns Seidl Stiftung, Stockholm Network, Vereinigung zum Schutz der Interessen der Steuerzahler in Osteuropa und Zentralasien.

Der damalige Präsident Rolf von Hohenau rief zum zivilen Ungehorsam gegen die von der EU-Kommission erwogene Einführung eines EU-Vermögensregisters auf, das ein Vorgehen gegen Geldwäsche und Korruption erleichtern soll.[73] 2024 postete die TAE: "„Stoppt die Enteignung! EU-Vermögensregister hätte totalitäre Züge![74]

World Taxpayers Association

Die World Taxpayers Associations (WTA) ist der Welt-Dachverband der nationalen Steuerzahlerorganisationen. Die WTA veranstaltet gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen die World Taxpayers Conferences und die Taxpayers Regionalforen. Zu den Like-Minded Organizations gehören u.a.: Atlas Economic Research Foundation, Cato Institute, Heartland Institute, Heritage Foundation, Mises Institute USA.

Die WTA setzt sich für Flat Taxes und Steuerwettbewerb ein. In ihrem Mission Statement wird die freie Wahl des Landes, in dem Steuern gezahlt werden, sogar zum Menschenrecht erklärt: „We, representatives of taxpayers from around the world, declare that the right to flee political and economic oppression is basic to human liberty and dignity. It is a fundamental human right for individuals to move themselves and their property to nations of other political jurisdictions with levels of taxation and public services compatible with their individual tastes and preferences.“ Der Steuerwettbewerb dient den Interessen von Großunternehmen und Spitzenverdienern, die die Möglichkeit haben, ihren Firmensitz bzw. Wohnort in Länder mit niedrigen Steuern zu verlagern.

Dem Vorstand gehören an:

- Christopher Butler, Geschäftsführer von Americans for Tax Reform und Leiter der Property Rights Alliance . Butler betätigt sich nicht nur als Lobbyist in Steuerfragen, sondern auch auf dem Gebiet „Energy & Nuclear Power.[75] Er war Referent beim exklusiven Gas Forum 2021 im Schlosshotel Kronberg
- Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern
- Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler

Auf der World Taxpayers Conference vom 17.-20. März 2016, zu der der Bund der Steuerzahler eingeladen hatte, vertrat der Klimaleugner James Delingpole, Autor von Breitbart News, die folgende These: „Die moderne grüne Politik- und Umweltbewegung ist die größte weltweite Verschwörung in der Geschichte der Menschheit gegen Steuerzahler…1,5 Billionen US-Dollar hat die ‚Global-Warming-Industrie‘ bislang verschlungen“.

Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" e.V.

Nährere Informationen sind hier abrufbar.

Zweifel an der Gemeinnützigkeit

Nach Auffassung von Campact müsste der BdSt seine Gemeinnützigkeit verlieren, wenn das zuständige Finanzamt in Berlin an dessen Arbeit die gleichen Maßstäbe ansetzen würde, wie an Attac oder Campact.[76] Zu diesem Schluss komme ein Rechtsgutachten, das Campact bei der Kanzlei Winheller, einer der renommiertesten Kanzleien zum Gemeinnützigkeitsrecht in Deutschland, in Auftrag gegeben hat. Im Untersuchungszeitraum rund um die Bundestagswahl 2021 habe der BdSt vielfach die Regeln des Bundesfinanzhofs gebrochen, indem er nicht objektiv und neutral, nicht geistig offen und nicht parteipolitisch neutral in seinem politischen Engagement gewesen sei – und versucht habe, seine eigenen Auffassungen politisch durchzusetzen. Deshalb habe die Kanzlei das Gutachten dem zuständigen Berliner Finanzamt für Körperschaften sowie der Senatsverwaltung für Finanzen zugestellt und diese aufgefordert, für eine einheitliche Rechtsanwendung Sorge zu tragen. Campact hat das Gutachten auch an die Finanzämter weitergeleitet, die für die BdSt-Landesverbände Thüringen, Hessen, Schleswig-Holstein,

Niedersachsen/Bremen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zuständig sind. Nach Auffassung von Campact haben diese den gleichen Satzungszweck wie der Bundesverband und überschreiten mit ihrer politischen Einmischung ebenfalls die Grenzen des Gemeinnützigkeitsrechts. Der BdSt erklärte hierzu, die Kanzlei habe kein Gutachten vorgelegt, sondern eine „Rechtliche Stellungnahme“ aufgrund „vorgefilterter Rechercheergebnisse“.[77] Es bestünden keine Zweifel an der Gemeinnützigkeit.

Campact teilt die Kernforderungen der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts.[78]

Weiterführende Informationen

- Lobbyismus für Besserverdienende: Die Show vom Bund der Steuerzahler - 09.11.2023
- Für wen lobbyiert der Bund der Steuerzahler wirklich? YouTube
- Wen vertritt der Bund der Steuerzahler?, Süddeutsche Zeitung, 24. Mai 2021
- Die Tea Party lässt grüßen, ZEIT ONLINE, 19. Juli 2017
- Steuermythen
- Steuerprivilegien kippen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Bluesky | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Satzung des "Bund der Steuerzahler" vom 5. Dezember 2017, abgerufen am 31.012022
2. ↑ Privat vor Staat, steuerzahler.de, abgerufen am 26.11.2021
3. ↑ Für Unternehmer Hilfe, Tipps und wichtige Informationen, steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
4. ↑ Stefan Bach: Unsere Steuern Wer zahlt? Wie viel? Wofür?, Frankfurt/Main 2016, S. 148
5. ↑ BdSt Saarland e.V. Presseportrait, abgerufen am 10.04.2015
6. ↑ Mitgliederwerbung BdSt, Website des BdSt Deutschland e.V., abgerufen am 09.04.2015.
7. ↑ „Schwarzbuch: Die öffentliche Verschwendung“
8. ↑ Warum der Bund der Steuerzahler (oft) keine Ahnung hat, Wirtschaftswoche, 21. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.3.2016
9. ↑ Bund der Steuerzahler in der Kritik, spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
10. ↑ Bund der Steuerzahler in der Kritik, spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
11. ↑ Bund der Steuerzahler in der Kritik, spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
12. ↑ Merkwürdige Zeitansage, taz.de vom 17.03.2017, abgerufen am 01.12.2021
13. ↑ Steuerzahlergedenktag 2023, steuerzahlerde.abgerufen am 18.11.2023
14. ↑ Lobbyismus für Besserverdienende: Die Show vom Bund der Steuerzahler - 09.11.2023, ardmediathek.de, abgerufen am 18.11.2023

15. ↑ Steuerzahlergedenktag: Ab heute geht das Geld in die eigene Tasche, merkur.de vom 12.07.2021, abgerufen am 18.11.2023
16. ↑ Die Tea Party lässt grüßen, zeit.de. vom 19.07.2017, abgerufen am 06.01.2018
17. ↑ Wer vertritt den Bund der Steuerzahler?, sueddeutsche.de vom 24.05.2021, abgerufen am 08.12.2021
18. ↑ Der Steuerzahlergedenktag ist dumm und gefährlich, sueddeutsche.de vom 17.07.2018, abgerufen am 18.11..2023
19. ↑ Rudolf Speth. Arbeitspapier 161. Steuern, Schulden und Skandale. Für wen spricht der Bund der Steuerzahler? (PDF), abgerufen am 09.04.2015
20. ↑ BdSt Baden-Württemberg, Politische Kontakte, abgerufen am 17.04.2015
21. ↑ Satzung BdSt Ba-Wü, §2, abgerufen am 17.04.2015
22. ↑ Mittelstandsallianz und BdSt werden Kooperationspartner, bvmw.de vom 19.05.2017, abgerufen am 25.11.2021
23. ↑ Mittelstandsallianz, bvmw.de, abgerufen am 30.06.2024
24. ↑ Der Mittelstand, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 04.10.2026
25. ↑ Unsere Partner, bvmw.de, abgerufen am 04.10.2026
26. ↑ Deutschland verliert den Mittelstand: Brandbrief an den Bundesfinanzminister, bvmw.de vom 21.01.2026, abgerufen am 04.10.2026
27. ↑ Wir über uns, eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 01.12.2021
28. ↑ Kooperationspartner, eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 04.10.2026
29. ↑ Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz, eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 27.06.2024
30. ↑ Working Group, smeconnect.eu, abgerufen am 05.10.2026
31. ↑ Streit um Steuergeld für Umweltgruppen entzweit Europas Demokraten, sueddeutsche.de vom 04.04.2025, abgerufen am 06.10.2026
32. ↑ NGO-Förderung: Juristisches Nachspiel, transparente.demokratie.de vom 26.07.2025, abgerufen am 06.10.20ß26
33. ↑ Neue Attacke gegen NGOs: CDU/CSU macht gemeinsame Sache mit den Vertretern von Meloni und Orban, danielfreund.eu vom 19.06.2025, abgerufen am 06.10.2026
34. ↑ Entscheidung des Beswerdeausschusses 2, lobbycoie TAE hat bei der Staatsanwaltschaft München sowie der EU-Staatsanntrol.de, abgerufen am 06.10.2026
35. ↑ VEJ AKTUELL, europa-jourrnalisten.de von Ende Mai 2026, abgerufen am 09.10.2026
36. ↑ Die Schuldenbremse muss stehen!, familienunternehmer.eu vom 03.03.2020, abgerufen am 25.11.2021
37. ↑ Soli abschaffen: Updates zur Kampagne, insm.de, abgerufen am 25.11.2021
38. ↑ Soli abschaffen! JETZT!, steuerzahler.de, abgerufen am 25.11.2021
39. ↑ „Wort halten! Soli abschaffen!, steuerzahler.de vom 09.11.2017, abgerufen am 25.11.2021
40. ↑ Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz, eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 27.06.2024
41. ↑ Europapolitik Veranstaltung vom 27.05.20210, wbu.de, abgerufen am 0212.2021
42. ↑ Free Market Roadshow, austrianceenter.com, abgerufen am 05.1o.2026
43. ↑ Porträt, steuerzahler.de, abgerufen am 26.11.2021
44. ↑ Wen vertritt der Bund der Steuerzahler?, sueddeutsche.de vom 24.05.2021, abgerufen am 30.11.2021
45. ↑ Milei-Konferenz, hayek.de vom 25.03.2026, abgerufen am 02.10.26
46. ↑ Michael Jäger, owwf.bayern, abgerufen am 28.11.2021
47. ↑ Vita, jaeger-euroconsult.de, abgerufen am 26.11.2021
48. ↑ Program 2021, europeanresourcebank.org, abgerufen am 04.12.2021
49. ↑ Dr. Kristin Brinker, parlament-berlin.de, abgerufen am 21.09.2026

50. ↑ Die Verbindungen der Berliner Spitzenkandidat:innen, abgeordnetenwatch.de vom 18.09.2026, abgerufen am 22.09.2026
51. ↑ Berlins Steuerzahlerbund: Vorstandschef tritt zurück, morgenpost.de vom 15.11.2005, abgerufen am 21.09.2026
52. ↑ AfD-Landesvorstand kritisiert Brinker für Facebook-Nachricht, zeit.de vom 04.05.2021, abgerufen am 21.09.2026
53. ↑ Rolf Baron Vielhauer von Hohenau, backend.atoss.com, abgerufen am 04.10.2026
54. ↑ Taxpayers Association of Europe (TAE) is appalled by the plans for the EU Asset Register, taxpayers-europe vom 26.08.2021, abgerufen am 29.11.2021
55. ↑ Ingo Friedrich, theeuropean.de vom 20.12.2017, abgerufen am 05.12.2021
56. ↑ Vortragsveranstaltung, steuerzahler.de, abgerufen am 05.12.2021
57. ↑ Board, smeeurope.eu, abgerufen am 03.12.2021
58. ↑ Senatoren der Politik, wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 05.12.2021
59. ↑ Präsidium, umu.de, abgerufen am 05.12.2021
60. ↑ Der Verwaltungsrat des BdSt NRW, steuerzahler.de, abgerufen am 03.10.2026
61. ↑ Karl Bräuer NSDAP, FAZ vom 21.06.2014, abgerufen am 09.04.2015
62. ↑ DSi Intern 2-2014, Das DSi in den Medien (S.4), abgerufen am 10.04.2015
63. ↑ Über uns, steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
64. ↑ Team, steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
65. ↑ DSi kompakt, steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021, Vgl. insb. Verhältnis kurze Publikation 'kompakt' zu umfangreicheren 'Schriften'
66. ↑ Steuerzahler Service GmbH, Seminare, abgerufen am 10.04.2015
67. ↑ BdSt-Vorteile, abgerufen am 09.04.2015
68. ↑ InitiativeTransparente Zivilgesellschaft, steuerzahler.de, abgerufen am 01.10.2026
69. ↑ Bund der Steuerzahler. lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 04.10.2026
70. ↑ Klartext März 2019, steuerzahler.de, abgerufen am 01.12.2021
71. ↑ TAE Familie trauert um Walter Grupp, taxpayers-europe.org, abgerufen am 01.12.2021
72. ↑ Walter Grupp, grupp-partner.com, abgerufen am 02.12.2021
73. ↑ Taxpayers Association of Europe (TAE) is appalled by the plans for the EU Asset Register, taxpayers-europe vom 26.08.2021, abgerufen am 29.11.2021
74. ↑ Beitrag von EWS Europäischer Wirtschaftssenat, linkedin.com, abgerufen am 28.07.2024
75. ↑ Issues Lobbied by Christopher Butler, opensecrets.org, abgerufen am 26.11.2021
76. ↑ Bund der Steuerzahler zu Unrecht gemeinnützig, blog.campact.de vom 04.09.2023
77. ↑ Keine Zweifel an der Feststellung der Gemeinnützigkeit, steuerzahler.de vom 05.09.2023
78. ↑ Zivilgesellschaft ist gemeinnützig, campact.de, abgerufen am 12.12.2023